



**Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)**, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

14. Jahrgang, Nummer 02 / 2017

\*\*\*\*\*

### **Liebe Leserinnen und Leser,**

*rund 25.000 Menschen haben sich am 4. November in Bonn an einer Großdemonstration für den Klimaschutz beteiligt. Auch der BBU hatte zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Anlässlich der Klimakonferenz in Bonn fanden zudem zahlreiche weitere Aktionen statt und die Aktivitäten für den Klimaschutz UND für den sofortigen Atomausstieg gehen weiter. Der BBU wird dabei als wichtiger Umweltakteur immer wieder die Finger in die Wunden der Konzerne legen!*

*Um dem BBU für sein weiteres Engagement den Rücken zu stärken, sind alle Mitglieder und Freundinnen des BBU dazu aufgerufen, den BBU mit kleinen und großen Spenden zu unterstützen. Mehr dazu im Beitrag „45 Jahre BBU“.*

*Herzliche Grüße von der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand.*

### **Aus Vorstand und Geschäftsstelle**

#### **45 Jahre BBU**

Am 24. Juni 2017 wurde der BBU 45 Jahre jung. Hier Auszüge aus seiner „Geburtsstags-Pressemitteilung“:  
45 Jahre nach der Gründung des BBU ist der Widerstand gegen Atomanlagen und Atomtransporte nach wie vor ein zentrales Thema für den BBU, denn noch immer sind AKW und sonstige Atomanlagen am Netz. Aber der Verband und seine Mitglieder befassen sich auch mit vielen weiteren Themen: Die Gefahren der Kohlepolitik, des Fracking und der Gentechnik im landwirtschaftlichen Bereich stehen immer wieder auf der Tagesordnung. Gewässerschutz, Elbvertiefung und Massentierhaltung, Gefahren der Tonerstäube und von Holzschutzmitteln, Verkehrsprobleme auf den Straßen aber auch der Fluglärm sowie die Sicherheit von Chemieanlagen sind weitere der stets akuten Themen, die von Mitgliedsinitiativen und Vorstandsmitgliedern des BBU immer wieder aufgegriffen werden.

Engagiert ist der BBU auch bei der internationalen Kooperation mit Initiativen und Verbänden, so z. B. durch die Mitgliedschaft im Europäischen Umweltbüro oder im Widerstand gegen den Uranabbau in aller Welt. Bei seinem internationalen Engagement spielen derzeit auch die Aktivitäten gegen die belgischen AKW eine besondere Rolle.

Die ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder des BBU unterstützen die Anliegen der BBU-Mitglieder bestmöglich. Dies geschieht beispielsweise durch gemeinsame Pressearbeit, durch die Organisation und Unterstützung von Demonstrationen und auch durch Lobbyarbeit in Gremien, wie z. B. der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) des Bundesumweltministeriums. Wer eine neue Bürgerinitiative oder Aktionsgruppe gründen möchte, kann sich dazu vom BBU beraten lassen.

Zu seinem 45. Geburtstag wünscht sich der BBU neue Mitglieder (Initiativen, Verbände und Privatmitglieder), die das Umweltnetzwerk des BBU stärken und ihr vielfältiges Wissen zum Schutz der Umwelt einbringen. Außerdem freut sich der BBU über kleine und große Spenden, die dazu beitragen, die wichtige Umweltschutzarbeit des BBU auch zukünftig zu gewährleisten. Aufnahmeanträge gibt es unter <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>, können aber auch in der BBU-Geschäftsstelle postalisch angefordert werden.

**Spendenkonto: BBU, Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66, SWIFT-BIC: COLSDE33. Stichwort: 45. Geburtstag.**

*Vollständiger Text der Pressemitteilung unter*  
<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/23.06.17.pdf>

*Foto: BBU-Transparent bei einem Ostermarsch an der Gronauer Urananreicherungsanlage*



## **BBU-Mitgliederversammlung wählt neuen Vorstand**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat bei seiner Mitgliederversammlung in Bonn einstimmig einen neuen Vorstand gewählt, dessen ehrenamtlich tätige Mitglieder aus verschiedenen Regionen des Bundesgebietes kommen und die in unterschiedlichen Themenbereichen ihre Aufgabenschwerpunkte haben.

In den dreiköpfigen Geschäftsführenden BBU-Vorstand wurden Oliver Kalusch (Schatzmeister), Peter Schott und Ulla Weiß gewählt. Oliver Kalusch (Witten, NRW) ist langjähriges Mitglied der Wittener Bürgerinitiative gegen Klärschlammverbrennung und vertritt den BBU in der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) beim Bundesumweltministerium. Außerdem ist er Gründungsmitglied von "STOP FRACKING! - Bürgerinitiative Witten für sauberes Wasser". Peter Schott (Berlin) ist im BBU-Vorstand zuständig für die Themen Gen- und Nanotechnologien. Außerdem ist er Mitbegründer der Organisation "Ethik trifft Leben". Ulla Weiß (Witten, NRW) ist ebenfalls Mitglied der Wittener Bürgerinitiative gegen Klärschlammverbrennung und von "STOP FRACKING! - Bürgerinitiative Witten für sauberes Wasser". Aktuell engagieren sich Oliver Kalusch und Ulla Weiß auch in der Wittener Baumschutz-Initiative.

In den Erweiterten Vorstand des BBU wurden erneut Udo Buchholz, Kerstin Desch-Wöhr, Regina Ludewig, Gertrud Patan und Helmut Wilhelm gewählt. Erstmals gehört auch Elke Fischer dem BBU-Vorstand an.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 05.07.2017. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/05.07.17.pdf>

## **Der BBU trauert um sein langjähriges Vorstandsmitglied Fred van Dalen**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. trauert um sein langjähriges Vorstandsmitglied Fred van Dalen aus Kamp-Lintfort (NRW). Am 26. Juli 2017 ist Fred van Dalen im Alter von 73 Jahren für uns überraschend gestorben. Unser inniges Mitgefühl gehört den Angehörigen sowie den Freundinnen und Freunden von Fred van Dalen.



Gemeinsam mit der Trauerfamilie van Dalen trauern wir um einen besonderen Menschen, dessen Tod bei Bürgerinitiativen und Umweltverbänden Trauer und Bestürzung auslöst.

Fred van Dalen war von 2008 bis zum Sommer 2017 ununterbrochen Vorstandsmitglied des BBU. Bei der jüngsten BBU-Mitgliederversammlung am 1. Juli 2017 hatte er sich auf eigenen Wunsch hin nicht mehr für ein BBU-Vorstandsmandat beworben. Fred van Dalen gehörte bis zu seinem Tode mehreren Initiativen und Verbänden an. So war er z. B. auch Vorstandsmitglied der BBU-Mitglieds-

organisation VSR-Gewässerschutz.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 01.08.2017. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/01.08.17.pdf>

Foto: Fred van Dalen (Mitte) nach seiner letztmaligen Wahl zum BBU-Vorstandsmitglied am 7.2.2015

## **Aktuelle Informationen des BBU ...**

... findet man immer unter <http://bbu-online.de/Presse.htm> sowie unter <https://www.facebook.com/BBU72>.

## **Themenbereiche**

### **Anlagensicherheit**

## **BBU: Durchführung des Erörterungstermins zum neuen Tankfeld der Solvadis Distribution GmbH ist ein Skandal**

Auf scharfe Kritik des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) ist die Entscheidung des Regierungspräsidiums Darmstadt gestoßen, den für den 16.11.2017 angesetzten Erörterungstermin zum neuen Tankfeld der Solvadis Distribution GmbH in Gernsheim aufrecht zu erhalten. Der Umweltverband und seine Mitgliedsinitiative Bürger in Acht (BI8!) hatten die Absage des Termins beantragt, weil die Antragsunterlagen auch im zweiten Anlauf schwerwiegende Mängel aufweisen. Der BBU verweist darauf, dass ein Erörterungstermin auf der Grundlage mangelhafter Unterlagen in deutlichem Widerspruch zu den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes steht.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 08.11.2017.

Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/08.11.17.pdf>

## Atomenergie

### **BBU veröffentlicht unbekannte Standorte und fordert Moratorium: Kein radioaktiv belasteter Müll aus AKW und Atomanlagen auf Deponien und in Müllverbrennungsanlagen**

Mehr als 40 Städte und Gemeinden sind bundesweit von der Lagerung oder Verbrennung von radioaktiv kontaminiertem Müll betroffen. Das hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) nach intensiven Recherchen heraus gefunden. Der BBU fordert ein Moratorium bei der Freigabe von radioaktiv belastetem Abfall aus Atomanlagen und eine Neubewertung der Abgabe von radioaktiven Stoffen aus Atomanlagen, aus der Industrie, der medizinischen Nutzung und ggf. weiteren Quellen. Eine zusätzliche Gesundheitsgefährdung der Menschen durch die Verteilung von radioaktiven Stoffen muss vermieden werden.

Der BBU lehnt zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt die Freigabe von radioaktiv belasteten Abfällen aus Atomanlagen ab und fordert, dass die bisherigen Freigabegenehmigungen aufgehoben werden. Alle radioaktiv belasteten Abfälle sollen am jeweiligen Standort aufbewahrt werden, bis klar ist, wie viel nach dem Abbau aller Atomanlagen insgesamt anfällt und ein Konzept für die weitere Aufbewahrung erstellt werden kann. Weiter erwartet der BBU von den zuständigen Behörden völlige Transparenz beim Umgang mit den nuklearen Hinterlassenschaften. Dazu gehört auch die Offenlegung der Information über Mengen und Verbleib von radioaktiv belastetem Abfall.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 23.08.2017. Vollständiger Text incl. Link zur Deponietabelle unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/23.08.17.pdf>

### **40 Jahre BI "Kein Atommüll in Ahaus" e.V.**

Die BI „Kein Atommüll in Ahaus“ hat am 8. Oktober ihren 40. Geburtstag gefeiert. In einer Pressemitteilung der BI hieß es vorab: "Das so genannte Zwischenlagerkonzept mit einer auf 40 Jahre begrenzten Zwischenlagerung ist gescheitert. Die „Zwischenlagerung“ wird im Laufe der Jahre immer gefährlicher, droht zu einer Endloslagerung zu werden und ein Endlager ist in weiter Ferne. Das dicke Ende kommt noch - deshalb können wir unsere Arbeit nicht einstellen", so Felix Ruwe, der Sprecher der BI.“

Vollständiger Text: <http://www.bi-ahaus.de>. Die BI „Kein Atommüll in Ahaus“ ist bereits seit Jahrzehnten im BBU organisiert. Bei der Feier gehörte auch BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz zu den Gratulanten.

### **Nach erneuter Panne: AKW Brokdorf stilllegen**

Nach der jüngsten Panne im Atomkraftwerk Brokdorf hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erneut die sofortige Stilllegung des umstrittenen norddeutschen Atomkraftwerkes gefordert. Am Mittwoch (1. Nov. 2017) hat das schleswig-holsteinische Energiewende-Ministerium die Öffentlichkeit über den Vorfall im AKW Brokdorf informiert. In einer Pressemitteilung des Ministeriums heißt es dazu: „Im Kernkraftwerk Brokdorf ist ein Ventilator der Umluftanlage des Notspeisegebäudes ausgefallen. Ursache war eine zu geringe Spannung der Antriebsriemen.“ Anti-Atomkraft-Initiativen, der BBU und weitere Organisationen setzen sich immer wieder mit unterschiedlichen Aktionen für die sofortige Stilllegung des AKW Brokdorf ein. Udo Buchholz vom Vorstand des BBU betont, dass der Weiterbetrieb des AKW in Brokdorf nicht hinnehmbar ist: „In der Vergangenheit kam es in dem Atomkraftwerk wiederholt zu besonderen Vorfällen. Es ist nicht akzeptabel, dass der Reaktor weiterhin Atommüll produziert und für die Bevölkerung dauernd ein Risiko darstellt.“

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 02.11.2017. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/02.11.17.pdf>

### **Den Kindern von Fukushima helfen! Eindrucksvolle Infoveranstaltung am 3. November 2017 mit Kazuhiko Kobayashi in Hamburg**

Schon vor der jüngsten Panne im AKW Brokdorf hatten der BBU und die Hamburger Gruppe der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) gemeinsam eine Veranstaltung über die Gefahren der Atomindustrie geplant.

Kazuhiko Kobayashi aus Tokio informierte am 3. November 2017 in Hamburg im Rahmen einer Informationsveranstaltung über die Folgen der Atomkatastrophe, die sich im März 2011 im japanischen Fukushima ereignet hat. Er bittet um Spenden für die durch radioaktive Strahlung gefährdeten Kinder in Fukushima. Konto für Spenden für Kinder in/aus Fukushima: IBAN: DE43 2008 0000 0966 0021 01, Commerzbank AG, Filiale Jungfernstieg / Hamburg, Jungfernstieg 22, 20354 Hamburg, Kontoinhaber: Kazuhiko Kobayashi. Weitere Informationen: <http://bbu-online.de/.../prmitteilungen/PR%202017/02.11.17.pdf>

### **Lingen-Resolution**

Auch im AKW Lingen 2 kommt es immer wieder zu „Pannen“. Und noch immer werden weitere Initiativen und Verbände zur Mitunterzeichnung der „Lingen-Resolution“ gesucht, mit der die sofortige Stilllegung des AKW Lingen 2 und der Brennelementefabrik in Lingen gefordert wird. Bisher haben schon weit über 200 Organisationen die Resolution unterschrieben.

Mehr dazu unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/23.10.17.pdf>

## Die Ermittlung von Ausschlussregionen für Endlagerstandorte beginnt – BI hat Fragen zum Standort Gorleben

Die Landesbehörden haben der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) auf die erste Datenabfrage im Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle geantwortet. „Mit den vorliegenden und konstruktiven Antworten beginnt jetzt die schwierige Aufgabe der Auswertung und Anwendung der Daten“, sagte BGE-Geschäftsführerin Ursula Heinen-Esser.

Prompt reagiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI), die Umweltinitiative fordert von der BGE größtmögliche Transparenz von Anbeginn: „Die Auswahl der Daten bleibt bekanntlich den Landesbehörden überlassen, so können auch Daten zurückhalten oder entsprechend aufbereitet werden, um den Kelch bei der Endlagersuche an ihrem jeweiligen Bundesland vorbeigehen zu lassen.“

Aus einer Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (eine Mitgliedsorganisation des BBU) vom 06.11.2017. Vollständiger Text: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=19748#more-19748>

### 3. Dezember 2017: Demonstration zum AKW Neckarwestheim

Den versprochenen Atomausstieg gibt es auch Ende 2017 noch nicht, immer noch produzieren 8 AKWs weiteren Atommüll. Castoren werden jetzt und in den kommenden Jahren ohne sinnvollen Plan riskant und unnötig verschoben, aktuell bei der EnBW von Obrigheim nach Neckarwestheim. In Lingen und Gronau wird weiter dafür gesorgt, dass die AKWs hier und weltweit mit Brennelementen versorgt werden. Am KIT Karlsruhe wird derweil in aller Stille an der nächsten Generation von AKWs geforscht.

Anstatt die Risiken und Belastungen möglichst gering zu halten, wird beim End- und Zwischenlagern geheizt und durch „Freimesen“ sogar Atommüll zu gesundheitsgefährdenden „Wertstoffen“ deklariert. Egal wo man sich die Atomwirtschaft anschaut, Probleme gibt es überall. Das AKW Neckarwestheim steht mit seinem Zwischenlager im Steinbruch nur exemplarisch für eine immer noch erschreckend uneinsichtige Atompolitik. Das Initiativen-Bündnis „Neckar castorfrei“ ruft daher zum Protest und Widerstand gegen die Atompolitik auf.

Abschalten sofort! *Sofort Abschalten! Atomkraftwerke und Atomfabriken stilllegen - Atommüllverschiebung stoppen! Demonstration zum AKW Neckarwestheim, Sonntag, 3. Dezember 2017, 13 Uhr - Start: Bahnhof Kirchheim am Neckar*

Quelle und weitere Informationen: <https://www.neckar-castorfrei.de/informiert-sein/news-berichte/271-sofort-abschalten-3-12-demo-zum-akw-neckarwestheim>

Am 3.12. findet auch wieder an der Gronauer Urananreicherungsanlage der monatliche Sonntagsspaziergang statt.



## Fracking

### International gegen Fracking

Am 14. Oktober hat wieder ein internationaler Aktionstag gegen Fracking stattgefunden. In einer Erklärung dazu wurden folgende Forderungen aufgestellt:

- Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dieses Verbot soll unabhängig davon sein, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz von Chemikalien, hydraulisch oder auf andere Art und Weise erzeugt wird.
- Ein generelles Import- und Handelsverbot von „gefrackten“ fossilen Energieträgern.
- Ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der unterirdischen Ablagerung von Fluiden und Lagerstättenwässern aus der Förderung von Kohlenwasserstoffen.
- Sofortige und erhebliche Anstrengungen für einen sozialverträglichen Übergang zu 100 % erneuerbarer Energie sowie ein deutliches Ankurbeln von Energieeffizienzmaßnahmen.

Quelle und weitere Informationen: <https://globalfrackdown.org/betreff-stop-aller-frackingaktivitaten-weltweit>

## Gewässerschutz

### **Der BBU gratuliert seinem Wasser-Experten Nikolaus Geiler zum Wolfgang-Staab-Naturschutzpreis**

Der BBU gratuliert seinem Freiburger Wasser-Experten Nikolaus Geiler zur erfolgten Auszeichnung mit dem Wolfgang-Staab-Naturschutzpreis. Die Auszeichnung wurde am 13. Oktober von der Schweisfurth Stiftung mit Sitz in München verliehen. Ebenso wie Nikolaus Geiler erhielt auch Wolfgang E. A. Stoiber den Wolfgang-Staab-Naturschutzpreis. Die BBU Geschäftsführerin Christine Ellermann würdigte in einer Pressemitteilung des BBU den Freiburger Nikolaus Geiler „als einen unermüdlichen Umweltschützer, der sich bereits seit Jahrzehnten fachlich kompetent und umfassend für den Gewässerschutz engagiert.“ Der BBU wünscht Nikolaus Geiler weiterhin die notwendige Energie und Ausdauer, damit er sich noch viele Jahre für den Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers einsetzen kann.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 19.10.2017. Vollständiger Text:

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/19.10.17.pdf>

### **Bundesfreiwilligendienst beim VSR-Gewässerschutz**

Wir (der VSR-Gewässerschutz) suchen ab Januar 2018 noch eine zweite Person für den Bundesfreiwilligendienst. Dich erwartet eine vielseitige Arbeit beim Facebookpostings basteln, Texte schreiben, Ideen einbringen, Informationsveranstaltungen durchführen und vor- und nachbereiten. Du bekommst die Möglichkeit eine Menge über Öffentlichkeitsarbeit in einem Umweltschutzverband zu lernen - egal ob du gerade dein Abi in der Tasche hast oder dich im Leben neu orientieren möchtest. Zudem kannst du kostenlos Seminare besuchen, um Dich weiter- und fortzubilden. Möglich ist eine Einsatzzeit von sechs bis 18 Monaten, die genaue Länge können wir danach richten, was für Dich sinnvoll wäre. Bei Bedarf ist es auch möglich, das Einstelldatum zu verschieben. Bei Interesse bitte eine Bewerbung an [harald.guelzow@vsg-gewaesserschutz.de](mailto:harald.guelzow@vsg-gewaesserschutz.de) senden. Informationen über die BBU-Mitgliedsorganisation VSR-Gewässerschutz (incl. Aktueller Newsletter) unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de>



## Klimaschutz

### **BBU begrüßt Prozessverlauf gegen RWE AG**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt den bisherigen Prozess-Verlauf im Klageverfahren des peruanischen Landwirtes Saúl Lliuya gegen den Energiekonzern RWE AG (Az. 5 U 15/17 OLG Hamm). Der BBU gratuliert dem Kläger zu seinem Teilerfolg und bedankt sich für sein Engagement.

Der 5. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Hamm hat am 13. November 2017 in dem Zivilrechtsstreit gegen die RWE AG mündlich verhandelt. Zum Hintergrund des Verfahrens schreibt GERMANWATCH in einer Pressemitteilung: „Luciano Lliuya möchte mit der Zivilklage erreichen, dass RWE entsprechend seinem Anteil an der Verursachung des Klimawandels für Schutzmaßnahmen an einem Gletschersee oberhalb der Andenstadt Huaraz aufkommt. Einem Großteil der 100.000-Einwohner-Stadt und damit auch der Familie und dem Haus von Luciano Lliuya drohen wegen der durch den Klimawandel beschleunigten Gletscherschmelze eine akute Flutgefahr. Ein Abbruch des schmelzenden Gletschers über dem vollen See könnte zu einer verheerenden Flutwelle führen, von der laut Studien bis zu 50.000 Menschen direkt betroffen wären.“

In einer Pressemitteilung des Oberlandesgerichtes (OLG) Hamm heißt es zum Verfahren: „In dem mit beiden Parteien geführten Rechtsgespräch hat der Senat auf ein - nach seiner derzeitigen und vorläufigen Einschätzung - schlüssiges Klagebegehren und eine wahrscheinlich bevorstehende Beweisaufnahme hingewiesen. Am Ende der mündlichen Verhandlung hat der Senat einen Verkündungstermin anberaumt. Außerdem hat die Beklagte Gelegenheit erhalten, schriftsätzlich zu der im heutigen Termin geäußerten rechtlichen Einschätzung des Senats Stellung zu nehmen. Verkündungstermin des 5. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Hamm in dem Rechtsstreit Lliuya ./. RWE AG (Az. 5 U 15/17 OLG Hamm) am 30.11.2017, 12:00 Uhr, Saal B 207.“

#### **Weitere Informationen**

<http://germanwatch.org/de/14693>

[http://www.olg-hamm.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilung\\_archiv/02\\_aktuelle\\_mitteilungen/140-17-Terminergebnis-Landwirt-RWE.pdf](http://www.olg-hamm.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilung_archiv/02_aktuelle_mitteilungen/140-17-Terminergebnis-Landwirt-RWE.pdf)

[http://www.bonn.de/tourismus\\_kultur\\_sport\\_freizeit/veranstaltungskalender/detail/?vid=38229](http://www.bonn.de/tourismus_kultur_sport_freizeit/veranstaltungskalender/detail/?vid=38229)

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 14.11.2017. Vollständig unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/14.11.17.pdf>

## Tongerfahren

### **Todkrank durch Laserdruckeremissionen**

Die BBU-Mitgliedsorganisation nano-Control informiert auf ihrer Internetseite über das Schicksal von Hans-Jürgen Raab. Er „kämpft seit 14 Jahren vor den Sozialgerichten um sein Recht. Schwer erkrankt und finanziell ruiniert. Die Anerkennung dieses Falles ist der einzig mögliche Präzedenzfall bei Berufserkrankungen durch Emissionen aus Laserdruckern. *Quelle und weitere Informationen:*

<https://www.nano-control.org/helft-dem-raab-spenden-sie-fuer-das-projekt-betterplace-org>

## Verkehrspolitik

### **NGL-Klage: Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verhandelte im September**

Am 26. und 27. September 2017 fand am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig nach langer Vorarbeit die Verhandlung zur Klage der Bürgerinitiative NGL gegen den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln (Land NRW) zum Bauabschnitt 1 „Neubau von einer sechs- zur 12spurigen A1-Rheinbrücke und achtspurigen Straßenhochlage in Leverkusen“ durch die Landesbehörde Straßen.NRW statt. Bei dieser geplanten „Vorzugsvariante“ von Land und Bund wird neben einer daraus resultierend unzumutbaren, nochmals überhöhten Schadstoffbelastung (Feinstaub und NOx) am Verkehrshotspot Leverkusen zudem in die größte gemischte Giftmülldeponie Europas (BAYER AG), die Altlast Dhünnaue eingegriffen werden müssen. Die NGL und der BBU bezeichnen dies als ein völlig unkalkulierbares Risiko für Anwohner/innen und alle Verkehrsteilnehmer/innen, das unbedingt verhindert werden muss. Leider hat das NGL die Klage nicht gewonnen und bittet um Spenden für den teuren Prozess: Spendenkonto: VolksbankRhein-Wupper eG, Netzwerk gegen Lärm e.V., IBAN: DE 62 3756 0092 1800 8190 12. *Hintergrundinformationen:*

<http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/22.09.17.pdf>

<http://www.cbqnetwork.org/7204.html>, <https://www.nglev.de/termine-events-kultur>

### **Die Notwendigkeit einer Verkehrswende**

Bei den Verhandlungen über die neue Regierungsbildung geht es vor allem um Personalkarusselle und um Ministerposten. Inhalte spielen kaum eine Rolle. Schon gar nicht hinsichtlich einer zukünftigen Verkehrspolitik. Dabei müsste diese im Zentrum einer verantwortungsbewussten Politik der nächsten Bundesregierung stehen. Es gibt die Klimaerwärmung, den Dieseldiesel-Skandal und gehäufte Starkregen mit Überschwemmungen, schwere Unwetter und Taifune. All das ist Anlass genug, sich an eine künftige Bundes-



regierung mit konkreten Forderungen zu wenden. Hierzu hat das Bündnis Bahn für Alle, dem auch der BBU angehört, eine achtseitige Zeitung mit konkreten Forderungen veröffentlicht. Die Bahn für Alle-Zeitung kostet bei Abnahme ab 100 Ex. nur 10 Cent je Ex (plus Porto und Verpackung). Sie eignet sich daher hervorragend, um auch als Massenzeitung verbreitet zu werden. *Quelle und weitere Informationen:*

<http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/argumente/jamaika-und-die-notwendigkeit-einer-verkehrswende.php>

[http://www.bahn-fuer-alle.de/media/docs/2017/TAZ-Beilage\\_Verkehrswende\\_Okt2017.pdf](http://www.bahn-fuer-alle.de/media/docs/2017/TAZ-Beilage_Verkehrswende_Okt2017.pdf)

## **Termine**

**01.12.2017: Kassel, Verleihung des Whistleblower-Preises 2017**

[http://www.ialana.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=2062&catid=265](http://www.ialana.de/index.php?option=com_content&view=article&id=2062&catid=265)

**02./03.12.2017: Kassel: Bundesweiter Friedensratschlag**

[http://www.friedensratschlag.de/userfiles/downloads/2017/2017\\_Friedensratschlag\\_Flyer\\_A4.pdf](http://www.friedensratschlag.de/userfiles/downloads/2017/2017_Friedensratschlag_Flyer_A4.pdf)

**03.12.2017: Demo am AKW Neckarwestheim, <https://www.neckar-castorfrei.de>**

Weitere Terminhinweise unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

**Impressum:** BBU-Newsletter Nr. 02 / 2017, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 30.11.2017. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.